



### Chaos rund um neue Marktordnung



Nach vielen Anläufen und mit zahlreichen Widersprüchen wurde nun in Wien die neue Marktordnung eingeführt. „Als optimal kann man diese Verordnung jedoch nicht bezeichnen“, erklärt der **FPÖ Marktsprecher LABg. Udo Guggenbichler**. Für besondere Verwirrung sorgten die letztes Jahr durch Stadträtin Sima gestrichenen „Nebenrechte für Marktstandbetreiber“ mit der Begründung, die Märkte würden zu Fressmeilen verkommen. Plötzlich werden diese aber nun doch nicht nur gestattet, sondern sogar ausgeweitet und als neue Kategorie geführt. Das Ergebnis: Die Gastroflächen auf den Wiener Märkten sind von vorher 33.3% auf 40% gewachsen. „Das ist jetzt genau das Gegenteil, was Sima ursprünglich wollte – die ganze Aufregung war umsonst“, so Guggenbichler.

Der **gf. Bezirksohmann der FPÖ Mariahilf, LABg. Leo Kohlbauer**, kritisierte einmal mehr die kürzeren Öffnungszeiten beim Flohmarkt am Wiener Naschmarkt, um dem Müllproblem Herr zu werden. Die Stadt Wien bleibe nun aber genauso auf dem Müll sitzen wie bisher – nur eben ein wenig früher. Daher fordert Kohlbauer die auch auf allen anderen Flohmärkten (auch in Wien) übliche „Müllkauton“, welche die Standler nach Übergabe eines gereinigten Marktstandes retourniert bekommen - ein Konzept, das auch von den Standbetreibern gerne angenommen werden würde.

Die FPÖ kritisierte außerdem, dass die Stadt die Gebührenerhöhung für Marktstandler als Förderung ausbebe und dass Reparaturarbeiten am Großmarkt aus Mehreinnahmen der MA 48 finanziert werde; immerhin seien das Müllgebühren der Wiener Bevölkerung. „Die neue Marktordnung ist das größte Chaos, das jemals bei einer neuen Verordnung entstanden ist“, stellte Kohlbauer in seiner Rede zusammenfassend fest.

Die FPÖ brachte im Wiener Gemeinderat daher zwei Anträge ein. Im ersten forderte sie die Einhaltung der Zweckbindung von Gebühren, im zweiten mehr „Gebührentransparenz“. Die Anträge wurden von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt.

### Verbauung und Parkpickerl gegen den Willen der Hietzinger

**LABg. Mag. Günter Kasal** übte im Gemeinderat heftige Kritik an der Politik der grünen Planungstadträtin Maria Vassilakou. Immer mehr Flächen würden in Hietzing in Bauland umgewidmet werden, obwohl es im Bezirksparlament überparteiliche Ablehnung gegen diese Politik gebe; Vassilakou setze sich aber darüber hinweg. Die FPÖ tritt auch gegen das in Hietzing gegen den Willen der Bevölkerung dennoch geplante Parkpickerl vehement auf – es zeichnet sich aber eine Situation wie in Döbling ab: Auch im 19. Bezirk habe man trotz mehrfacher Ablehnung durch Bürgerbefragungen das Parkpickerl einfach trotzdem eingeführt.

„Dieses rigorose Drüberfahren über die Bevölkerung zeigt deutlich, was SPÖ und Grüne tatsächlich von Bürgerbeteiligung halten: Sie ist nur dann willkommen, wenn schon vorher feststeht, dass das Ergebnis zur Ideologie passt. Wenn die Bürger, `falsch` – also anders als von Rot-Grün erwünscht – entscheiden, wird deren Meinung einfach ignoriert“, resümiert Kasal.



## Rätsel um Austausch der Namensschilder im Gemeindebau



Die SPÖ „muss“ alle Namensschilder an Gemeindebauten austauschen – 220.000 sind es, der Grund sei eine Verordnung der EU-Kommission. Diese hat aber in Medienberichten dementiert, dass die EU-Datenschutzverordnung Namensschilder an Klingeln

und Postkästen verbietet. **Ein Sprecher der EU-Behörde sagte in Brüssel, die EU-Verordnung reguliere diesen Bereich überhaupt nicht.**

Die FPÖ sieht sich dadurch in ihrem ersten Verdacht bestätigt: Der Wiener SPÖ ging es nie um die Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung: **Viel mehr ginge es ihr darum, die Früchte ihrer Einbürgerungs- und Zuwanderungspolitik, die sich seit langer Zeit bis zum heutigen Tag an den Türschildern der Gemeindebauten ablesen ließ, zu vertuschen.**

Nichts desto trotz zieht die rot-grüne Stadtregierung den Austausch ohne jede Not nun durch.

**Die FPÖ beantragte, sich im Ausschuss für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen damit auseinanderzusetzen, gleich auf blinde und sehbehinderte Mitmenschen Rücksicht zu nehmen und die neuen Schilder in Blindenschrift anzubringen. Blinde konnten in der Vergangenheit die Türschilder nicht entziffern; wenn man nun schon 220.000 Türschilder tauscht, könne man dieses Versäumnis aus der Vergangenheit gleich im Zuge der Erneuerung korrigieren.**



## Direkte Demokratie in Land und Bund

Die direkte Demokratie war auch diesmal wieder Thema im Wiener Gemeinderat. Während SPÖ und Grüne in Sachen Parkpickerl Mehrheiten tunlichst ignorieren, fordern sie beim Rauchverbot in der Gastronomie mehr Bürgerbeteiligung, obwohl das Volksbegehren die notwendigen Unterschriften nicht erreicht hat. Der **FPÖ-LABg. Mag. Dietbert Kowarik** meinte, 880.000 Unterschriften und Volksbegehren seien immer ernst zu nehmen; es brauche aber „gesetzliche Bestimmungen, keine Volksabstimmungen auf Zuruf“. Auf Bundesebene werde jetzt ein entsprechendes Gesetz zur direkten Demokratie diskutiert, das gleiche Voraussetzungen für alle Volksbegehren schaffen soll. Die gesetzliche Normierung der Bürgerbeteiligungen sei auch in Wien



schwierig. Ein Defizit bei der direkten Demokratie beginne schon auf Bezirksebene, wo es bereits „hohe Hürden“ für zum Beispiel Bürgerversammlungen gebe. Diese Hürden müssten heruntergesetzt und so schon mehr direkte Demokratie auf Bezirksebene geschaffen werden. Letztendlich zeigt aber die Parkpickerl-Diskussion, dass SPÖ und Grüne auch bei eindeutigen Entscheidungen der Bezirksbürger diese ohnehin nicht respektieren.